Wir fordern:

1. **Mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung für Alle,** einen paritätisch besetzten Senat: Stimmrechte von 50% für Dozent*innen/Verwaltung und 50% für Studierende - aktuell besteht der Senat aus 6 Profs, 2 wissenschaftlichen Mitarbeitenden, 1 Verwaltungsfachkraft und nur 2 Studierenden.

2. **Aufrüstung und Wehrpflicht stoppen!** Die Jugend, will weder kämpfen noch sterben für Deutschland! Genauso wollen wir Studierende, dass unsere Uni ein Ort für Bildung und Wissen ist, und nicht für Kriegsvorbereitung genutzt wird. Daher fordern wir die sofortige Einführung einer Zivilklausel an unserer Universität, eine Unvereinbarkeitsklausel mit der Bundeswehr und die Offenlegung, sowie Beendigung, jeglicher militärischer Kooperationen!

3. **Echte Bildungsgerechtigkeit! BAföG für Alle.** Es braucht einen Betrag den Studierende bedingungslos erhalten, um allen sozialen Schichten ein Studium zu ermöglichen. Diese Summe muss laufend an reale Lebensbedingungen & Inflation angepasst werden. Eine direkte Entlastung hier am Campus wäre beispielsweise durch günstigeres Mensa-Essen möglich.

4. **Wohnraumkrise stoppen!** Mehr öffentliche Studierenden-Wohnheime, mehr bezahlbahren & bedarfsgerechten Wohnraum. Gegen privaten, wie kommunalen Leerstand muss konsequent vorgegangen werden. Immobilienhaie wie Kirsch & Co enteignen! Hausbesetzungen müssen erhalten - und die Tornow40 zurückgegeben werden!

5. **Campus Griebnitzsee bleibt - Hasso Plattner aufhalten!** Wir sind gegen den intransparent und ohne Beteiligung der Studierendenschaft entschiedenen Umzug auf den Brauhausberg. An diesem kleineren Ausweich-Campus soll u.a. Soziologie nicht mitgedacht werden, die Eigentumsverhältnisse & Miethöhen der geplanten Wohnheime sind unklar, das Wasserschutzgebiet wurde deswegen gestrichen. Hier wird sich von einem Milliardär abhängig gemacht, der, unter dem Vorwand der Wohltätigkeit, seine privaten Wirtschaftsinteressen umsetzt. Investoren wie Hasso Plattner sollten sich nicht in Bildungspolitik und Bildungsrecht einkaufen können.

6. **Wir fordern eine Einstellung der Zusammenarbeit mit allen Unis, Institutionen und Gremien die den Genozid in Palästina leugnen.** Veranstaltungen wie die Potsdamer Konferenz für nationale Cybersicherheit, auf denen Firmen, wie der staatlich-israelische Rüstungskonzern Rafael, eine Bühne und Ressourcen bekommen, sollen an unserer Uni nicht stattfinden. Wir fordern eine kritische Auseinandersetzung und Aufarbeitung, der bisherigen Rolle und Beteiligung der Uni im israelischen Genozid an den Palästinenser*innen, des Ausbaus des Überwachungsstaates und weiteren reaktionären Projekten.

7. **Wir wollen eine klar antifaschistische Uni und einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der AfD.** In der Vergangenheit wurde die AfD vom Uni-Präsidenten Oliver Günther zum Neujahrsempfang eingeladen. Eine solche Normalisierung von Faschist*innen darf nicht noch einmal stattfinden. Zudem fordern wir ein verbindliches Handlungskonzept für den Fall einer AfD Regierungsbeteiligung in Brandenburg oder auf Bundesebene. Präventive Schritte müssen bereits jetzt ergriffen werden. Wissenschaftliche Unabhängigkeit muss gewahrt werden, Einflussnahme durch rechtsradikale Kräfte muss verhindert werden. Antifaschistische, migrantische und feministische Gruppen müssen schon jetzt unterstützt werden.